

# Bericht über die Entwicklung in Polen im Monat

Dezember 1955

A) <u>Innere Entwicklung</u>	<u>Seite:</u>	1
I. <u>Politisches Leben</u>		1
1) Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches		1
2) Dorfjugend macht nicht mit		2
3) Neue Parteiausweise im neuen Jahr		3
4) Doppelte Moral der Parteimitglieder		4
5) Ein führender Funktionär der Sicherheitspolizei verurteilt		4
II. <u>Industrie</u>		5
1) Diskussion über den Entwurf des Fünfjahrplanes		5
2) Modernisieren oder neubauen?		5
3) Vorläufige Bilanz des Sechsjahrplanes		7
III. <u>Landwirtschaft</u>		9
1) Was ist Mangelware?		9
2) Es wird doch weiter kollektiviert		9
3) Warum die Landwirtschaft den Sechsjahrplan nicht erfüllte		11
4) Über eine Million Bauerngehöfte elektrifiziert		11
IV. <u>Kulturelles Leben, Soziale Probleme</u>		12
1) Arbeitsschutz-Stiefkänd des Volksstaates		12
2) Licht und Schatten des Lebensstandards in Polen		13
B. <u>Beziehungen zum Ausland</u>		15
I. <u>Warschau will diplomatische Beziehungen zu Bonn</u>		15
2) Der Präsident des polnischen Parlaments zur deutschen Frage		17
3) Sollen Polen zur neuen Wehrmacht eingezogen werden		18
4) Polen führt Auslandsaufträge aus		19

## A) Innere Entwicklung

### I. Politisches Leben

#### 1) Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches

Laut "Trybuna Ludu" vom 20. Dezember wurden am 19. Dezember die dreitägigen Beratungen des Verbandes Polnischer Rechtsgelehrter beendet. Während der Tagung ergriff der Justizminister, Henryk SWIATKOWSKI das Wort, der den Kongressteilnehmern die grundlegenden Prinzipien des unlängst fertiggestellten Entwurfes für ein neues Strafgesetzbuch darlegte.

"Dieser Entwurf, bei dessen Fertigstellung die sowjetischen Erfahrungen des Strafrechts sowie die neuen Strafgesetzbücher der CSR, Bulgariens und Ungarns ausgewertet wurden, umfasst die Gesamtheit unserer Strafgesetzgebung. In nächster Zeit wird dieser Entwurf veröffentlicht und einer breiten Diskussion unterzogen, nicht allein in Juristenkreisen, sondern auch in breiten Kreisen der Bevölkerung. Nach der Diskussion und den Korrekturen wird der Entwurf den gesetzgebenden Organen zur Beschliessung zugeleitet.

Der Entwurf, in dem strenge Bestrafungen für schwerste Vergehen beibehalten werden, bietet gleichzeitig in bezug auf andere Vergehen in begründeten Fällen grosse Möglichkeiten für eine Milderung des Strafvollzuges. Nach dem Entwurf wird die Todesstrafe vorübergehend noch weiterhin als Ausnahmestrafe angewandt, die lediglich für allerschwerste Vergehen vorgesehen ist. Im Vergleich zu den bisherigen Vorschriften wurde die Zahl solcher Fälle auf die Hälfte reduziert. Statt lebenslängliches Gefängnis sieht der Entwurf einen Freiheitsentzug für die Dauer von 25 Jahren vor. Der Entwurf sieht auch die Abschaffung des Standgerichtsverfahrens sowie die Einteilung des Freiheitsentzuges in Haft und Gefängnis vor.

Verringert wurde der Umfang und der Charakter der zusätzlichen Strafen - der Entzug der Bürgerrechte, diese Strafe wird auf den Verluste der Wahlrechte, der Auszeichnungen und Ehrentitel reduziert. Der Entwurf erweitert ferner die Möglichkeiten des bedingten Aufschubs des Freiheitsentzuges, wenn er drei Jahre nicht überschreitet. Er führt weiterhin bedeutend mildere Vorschriften hinsichtlich der Rehabilitierung ein, die automatisch nach Ablauf von einem, drei oder fünf Jahren erfolgt, je nach dem festgesetzten Strafmass.

Der Entwurf führt, nach dem Vorbild des sowjetischen Rechtes, eine neue Art Strafe ein, und zwar die Strafe der Besserungsarbeit auf freiem Fuss, die der Verurteilte an seinem bisherigen Arbeitsplatz oder in einem anderen Betrieb leistet, wobei ihm 10 bis 25 % des Verdienstes abgezogen werden. Der Entwurf sieht überdies eine neue Strafart vor, nämlich die Rüge und die Möglichkeit, dass das Gericht als Zusatzstrafe

dem Verurteilten auf die Dauer von 2 oder 5 Jahren das Verbot auferlegt, sich in einem bestimmten Staatsgebiet aufzuhalten. Bedeutend erweitert wurde der Abschnitt über den Schutz des Bürgers und seiner Rechte. Dies findet seinen Ausdruck im erhöhten Strafschutz des Menschenlebens; in der strengeren Bestrafung der fahrlässigen Tötung eines Menschen durch leichtfertige Ausübung seines Berufes. Jeder Anschlag auf die Gesundheit des Menschen soll nach dem Entwurf durch öffentliche Anklage geahndet werden.

Der Entwurf sieht eine Reihe neuer Strafbestimmungen vor: gegen die sträfliche Vernachlässigung der Elternpflichten bzw. der Vormundschaftspflichten über Minderjährige, gegen die Verderbnis und Verleitung zum Alkoholgonuss von Minderjährigen. Ein gesonderter Abschnitt des Entwurfes behandelt die Vergehen gegen die Rechte des Beschäftigten. Er sieht die strafliche Verantwortlichkeit des Betriebsleiters oder Arbeitsgebers vor: Für Bewusste Verletzung des Arbeitsrechtes oder der Sozialversicherungspflicht, für Übertretung der Vorschriften über Arbeitsschutz und Hygiene, für die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen mit Arbeiten, die für sie verboten sind, für die Ablehnung der Einstellung von schwangeren Frauen, für die Verhinderung oder Erschwerung der Verwirklichung einer Erfindung oder eines Rationalisierungsvorschlages.

Weiter sieht der Entwurf eine Verschärfung der Strafbestimmungen gegen Korruption vor. Es beinhaltet auch neue Vorschriften über eine wirksame Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit durch die Organe die zur Ahndung und Bestrafung von Gesetzübertretungen berufen sind. Im Abschnitt 'Vergehen gegen die öffentliche Ordnung' enthält der Entwurf Strafvorschriften über ungebührliches Benehmen und sieht für eine ungebührliche Ausschreitung Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis vor, mit der Möglichkeit, für schlimme Erscheinungen dieses Vergehens ein höheres Strafmass festzusetzen. Der Entwurf enthält Vorschriften über die strafrechtliche Verantwortlichkeit für Schäden, die durch sträfliche Vernachlässigung der Wirtschaftsprinzipien entstanden sind. Der Entwurf sieht ferner strafrechtlich Verantwortlichkeit für beabsichtigte Zerstörung oder Beschädigung von gesellschaftlichem Eigentum vor."

## 2) Dorfjugend macht nicht mit

Anfang Dezember fand in Warschau eine Sitzung des Hauptvorstandes des Verbandes der Jungen Polen (ZMP) - der kommunistischen Jugendorganisation - statt. Das Thema der Beratungen bildete die Situation in den Jugendgruppen auf dem Lande. Viele Teilnehmer warfen der Leitung der Organisation vor,

dass sie die Sache der Arbeit auf dem ländlichen Sektor auf die leichte Schulter nehme ohne eine gründliche Kenntnis der Problematik der Dorfjugend in Polen zu besitzen. Die Arbeit des ZMP auf dem Lande ist zumindest unbefriedigend, stellten viele Diskussionsredner fest. Man müsse der Dorfjugend die ganze "Schönheit und den Mut der Idee" zeigen, "die die alten schlechten Gesetze aufhebt, den Menschen ihre Würde zurückgibt und schon hier auf der Erde kämpft um ein besseres Leben der befreiten Menschheit". Die Dorfjugend interessiert sich aber bis jetzt wenig für diese schönen Ideale, weil der ZMP sich nicht genug Mühe macht, um sie allen nahezubringen. (Laut "Trybuna Ludu" von 1. und 5. Dezember)

"Trybuna Ludu" vom 20. Dezember kommt noch einmal auf diese Sitzung des ZMP-Vorstandes zurück und stellt fest, dass man die Jugendorganisation einer grösseren Kontrolle seitens der Parteiorgane unterziehen müsse. "Man muss sich darüber im klaren sein" - schreibt die Zeitung - "dass die Erziehung der Jugend nicht allein der Jugend selbst anvertraut werden kann". Die Tatsache, dass die ZMP existiert und wirke, befreit die Parteiorgane nicht von der Verantwortung dafür, was auf dem Jugendsektor geschieht.

### 3) Neue Parteiausweise im neuen Jahr

Im Laufe des Jahres 1956 werden alle bis jetzt gültigen Parteibücher durch neue Ausweise ersetzt. Wie die "Trybuna Ludu" vom 23. Dezember berichtet, soll es sich dabei nicht nur um einen Umtausch der Dokumente handeln. Man will bei dieser Gelegenheit die seit Jahren in Unordnung geratenen Mitgliedslisten wieder in Ordnung bringen und gleichzeitig jedes Mitglied der Partei noch einmal überprüfen.

Aus den Ausführungen des Blattes geht hervor, dass die Partei in Polen keine genaue Kenntnis der Zahl ihrer Mitglieder besitzt. Viele Tausende der Mitglieder haben im Laufe der letzten Jahre ihre Arbeitsplätze und ihren Wohnsitz gewechselt. Manche von ihnen sind noch immer auf der alten Parteistelle registriert, manche haben versäumt, sich bei der neuen Parteizelle zu registrieren, viele haben ihre Parteibücher verloren, viele bezahlen die Beiträge überhaupt nicht; es scheint auf fast allen Gebieten ein ziemlicher Wirrwarr zu herrschen. Das zitierte Blatt meint, dass jetzt die Möglichkeit besteht, aller dieser Mängel Herr zu werden. Die Losung für das Jahr 1956 lautet:

"Jedes Parteimitglied muss in seiner Parteiorganisation aktiv sein. Es soll in Zukunft keine passiven, keine Beiträge zahlende oder listenmässig nicht erfassten Mitglieder geben..."

#### 4) Doppelte Moral der Parteimitglieder

Seit Monaten wird das Problem der doppelten Moral der Parteimitglieder in der polnischen Parteipresse behandelt. Die Zeitungen berichten immer wieder über Fälle, bei denen es sich um Menschen handelt, die in ihren Betrieben den besten Ruf als Arbeiter und Parteimitglieder geniessen, dagegen in ihrem Privatleben als schlechte Familienväter und Ehegatten, als Trinker und Lowlives bekannt sind. Dieses Thema berührt ein Artikel in "Trybuna Ludu" vom 4. Dezember.

"In den Akten der Warschauer Parteikontrollkommission häufen sich die Akten der Parteimitglieder, die ihr Haus und ihre Kinder verlassen, sich nicht um ihren Unterhalt kümmern und ihre Stellungen für persönliche Profite ausnützen...

Ein Mitglied der Partei darf nicht glauben, dass in seinem Berufs- und Parteileben andere moralische Normen gelten, als in seinem sogenannten Privatleben.

Ein Staats- oder Parteifunktionär, der in seinem Privatleben die moralischen Grundsätze mit den Füßen tritt wird früher oder später dasselbe in seiner öffentlichen Arbeit tun.

Ausserdem trägt die Nichteinhaltung der sozialistischen Moral durch die Mitglieder der Partei auch dazu bei, dass die Autorität der Partei leidet.

Die Partei und der Volksstaat beschützen die Familie und wollen sie stärken.

Es darf für niemanden, der das nicht begreift, Platz in unserer Partei sein. Gerade die Partei muss in dem Kampf um die richtige Lösung der moralischen Probleme eine führende Rolle übernehmen. Diese Fragen müssen immer auf der Tagesordnung unseres Parteilebens stehen und dürfen von ihr nicht verschwinden."

#### 5) Ein führender Funktionär der Sicherheitspolizei verurteilt

Am 24./25. Dezember berichtet "Trybuna Ludu" über die Verurteilung des früheren Direktors der Untersuchungsabteilung im Ministerium für öffentliche Sicherheit, ROZANSKI. Der Anlass der Verhaftung war die Flucht von Josef SWIATLO, eines hohen Beamten dieses Ministeriums. SWIATLO war im Auftrag des Ministeriums nach Berlin geschickt worden, um hier mit dem Staatssicherheitschef der Sowjetzone MIELKE zu verhandeln. Er benutzte die Gelegenheit, um sich nach Westberlin abzusetzen. ROZANSKI wurde im Ministerium für die un-

genügende Aufsichtspflicht verantwortlich gemacht und zur Rechenschaft gezogen.

ROZANSKI'S Position war bereits seit langen gefährdet. Er stand im Mittelpunkt eines Kesseltreibens einiger verantwortlicher Funktionäre dieses Ministeriums. An ihrer Spitze die Kommunistin Luna BRYSTYGIEROWA, die an seine Stelle als Leiter der sogenannten 5. Abteilung aufrückte. Sowohl ROZANSKI wie seine Rivalin waren NKWD-Spitzel. ROZANSKI stürzte schliesslich über eine Denunziation der BRYSTYGIEROWA durch die dem NKWD mitgeteilt wurde, dass ROZANSKI'S Vater, Dr. GOLDBERG, vor dem Kriege Direktor einer in jiddischer Sprache erscheinenden Tageszeitung zionistischer Richtung in Warschau war.

Trotz dieser Vorgänge lautete die Begründung für das auf 5 Jahre lautende Urteil, er habe auf seinem hohen Posten oft die "sozialistische Rechtsstaatlichkeit verletzt, rechtswidrige Verhaftungen vorgenommen und unzulässige Verhörmittel gegenüber den Verhafteten angewandt.

## II. Industrie

### 1) Diskussion über den Entwurf des Fünfjahrplanes

Das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) fasste einen Beschluss, der die Beteiligung der Parteigrundorganisationen und der Belegschaften an der Ausarbeitung der betrieblichen Fünfjahrplan-Entwürfe regeln soll. Im Beschluss wird festgestellt, die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft in den Jahren 1956-60 müsse auf den Erfahrungen der Arbeiterklasse und der schaffenden Intelligenz fussen. Deshalb sollen alle Betriebe der Schlüsselindustrie sowie auch andere Betriebe, deren Produktion für die Volkswirtschaft von besonderer Bedeutung ist, selbst an der Ausarbeitung ihrer Investitions- und Produktionspläne teilnehmen. Im Vergleich zur bisherigen Praxis, wo alles zentral geplant wurde und die Pläne den einzelnen Betrieben von oben auferlegt wurden, liegt dem neuen Versuch die Tendenz zu Grunde, eine gewisse Dezentralisierung der Planung zu erreichen. (Laut "Głos Pracy" vom 2. und "Trybuna Ludu" vom 15. Dezember).

### 2) Modernisieren oder neubauen?

Am 31. 12. 1955 ist der polnische Sechsjahrplan abgelaufen. An seine Stelle tritt nun ein neuer Fünfjahrplan (1956-60). In seiner Grundtendenz soll sich der neue Plan von dem alten wesentlich unterscheiden.

Darüber schrieb in der Zeitung "Zycie Warszawy" vom 14. Dezember 1955 der 1. stellvertretende Vorsitzende des Ministerpräsidenten, Hilary MINC: "Eine der wichtigsten Fragen des neuen Fünfjahrplanes ist die Erfassung und Ausnutzung der bestehenden Produktionsreserven und die Vorantreibung des technischen Fortschrittes. Dies sind die wirksamsten Mittel zur schnellsten Steigerung der Produktion bei kleinsten Investitionsauflagen.

Als ganzes wurde der Sechsjahrplan erfüllt und übererfüllt. Man hat einen gewaltigen Schritt nach vorn getan, auf dem Wege, der zur sozialistischen Industrialisierung führt. Aber sechs Jahre sind ein zu kurzer Zeitabschnitt, um alle alten Rückstände, die Erbschaft der Vergangenheit, aufzuholen. Deswegen wird auch in den nächsten 5 Jahren vor uns die Aufgabe stehen, unser Land weiter zu industrialisieren. Dazu müssen wir weiter schnell die Schwerindustrie entwickeln, die Produktion der Landwirtschaft steigern um das Missverhältnis zwischen der industriellen und der landwirtschaftlichen Entwicklung zu beseitigen.

Jetzt entsteht die Frage: Wodurch wird sich der neue Fünfjahrplan von dem alten Sechsjahrplan unterscheiden? Im Sechsjahrplan mussten wir unsere Anstrengungen auf die Schaffung der neuen Industriezweige konzentrieren.... Wir haben sozusagen auf dem leeren Platz neue, grosse Industrieobjekte gebaut. Millionen neue Arbeitskräfte siedelten vom Lande in die Städte um.

Im neuen Fünfjahrplan werden wir natürlich auch investieren und neue Objekte schaffen, aber die Hauptbetonung wird nicht auf den Neubauten liegen, sondern auf der vollen Ausnutzung der bestehenden Produktionsreserven, auf der Fertigstellung der angefangenen Projekte. Die Hauptbetonung des neuen Planes wird nicht die zahlenmässige Erhöhung der Arbeitskräfte sein, sondern der technische Fortschritt, also eine Vergrösserung der Produktion bei möglichst kleinsten Investitionsauflagen."

Dasselbe Problem behandelt die Zeitung "Trybuna Ludu" vom 8. Dezember. Der Artikel nimmt als Beispiel die polnische Textilindustrie. Man stellt fest, dass es neben den neuen, im Sechsjahrplan gebauten Objekten alte, technisch rückständige Fabriken gibt:

"Bisher hat man ca. 70 % aller Investmittel für den Bau neuer Fabriken bestimmt. Etwa 25 % betragen die laufenden Ausgaben, Reparaturen, das Inanghalten der Betriebe. Nur 5 % hat man für die Modernisierung und die Erneuerung des Maschinenparks der alten Fabriken bestimmt.

Die Erfahrung zeigt, dass beim Bau einer Fabrik etwa 50 % der Gesamtbaukosten auf die Errichtung der Gebäude und die Herrichtung des Geländes fallen. Wenn man also in den bestehenden Gebäuden nur die neuen Maschinen aufstellt, kann man für dasselbe Geld den doppelten Effekt haben..."

### 3) Vorläufige Bilanz des Sechsjahrplanes

Der 1. stellvertr. Ministerpräsident Hilary MINC sprach vor dem Parteiaktiv am 23. Dezember über die vorläufigen Ergebnisse des beendeten Sechsjahrplanes. Die industrielle Produktion Polens ist nach seinen Ausführungen jetzt 5-mal grösser als vor dem Kriege. Im Vergleich zum Jahre 1949 wuchs diese Produktion auf das 2,8-fache. Ursprünglich war eine Steigerung der Produktion auf das 2,58-fache vorgesehen.

"Wie aus diesen Zahlen zu entnehmen ist, hat die gesamte Industrie die Aufgaben des Sechsjahrplanes übererfüllt. Das bedeutet aber nicht, dass der Plan in allen Zweigen der Industrie erfüllt wurde. Auf manchen Abschnitten hat man die Ziele des Planes nicht erfüllen können."

Folgende Tabelle veranschaulicht die Steigerung der industriellen Produktion in einigen Branchen der Industrie:

	<u>1949</u>	<u>1955</u>	<u>1960 (Plan)</u>
Elektroenergie	8,3 Mrd. kWh	17,6 Mrd. kWh	30 Mrd. kWh
Steinkohle	74,1 Mill. to	94,5 Mill. to	150 Mill. to
Roheisen	1390.000 to	3.100.000 to	?
Rohstahl	2.305.000 to	4.450.000 to	über 7.000.000 to
Zement	2.344.000 to	3.825.000 to	über 7.000.000 to
Werkzeugmaschinen	9.400	29.300	
Autos	253 Stück	20.900 Stück	
Traktoren	2.500 "	8.000 "	20.000
Schiffe	5.100 BRT	103.100 BRT	über 200.000 BRT
Beschäftigung:			
In der Industrie	1,7 Mill. Menschen	2,7 Mill. Menschen	
Index der Produktion	100	281	

Als eine der wertvollsten Errungenschaften des Sechsjahrplanes sieht MINC die Schaffung neuer Kader von Fachleuten, Ingenieuren, Technikern, Meistern und qualifizierten Arbeitern, die früher nicht in so hoher Zahl vertreten waren. "Das ist genau so viel wert, wie Nowa Huta" (das grösste Eisenhüttenkombinat in Polen, mit 1,5 Mill. Rohstahlproduktion jährlich), meinte MINC. (Lt. "Trybuna Ludu" vom 31. Dezember).



Auch in einer anderen Nummer von "Trybuna Ludu" (Ausgabe vom 29. Dezember) widmet man einen Beitrag der vorläufigen Bilanz des Sechsjahrplanes.

"In den letzten 6 Jahren entwickelte sich unsere Industrie wesentlich schneller als in den kapitalistischen Ländern in einer Zeit, als dort eine günstige Konjunktur herrschte. Dies erlaubte uns, unsere Rückständigkeit aus der Vorkriegszeit auf vielen Gebieten zu beseitigen. Der Abstand zwischen uns und den industriell entwickelten Ländern Westeuropas ist jetzt viel kleiner geworden.

Unsere schwerste Aufgabe war die Schaffung einer modernen Schwerindustrie. Die kapitalistischen Länder bauten ihre Industrien auf Kosten der ausgebeuteten Kolonien, mit Kriegskontributionen oder mit Anleihen des internationalen Kapitals auf. Unser Weg war ein ganz anderer. Wir haben unsere Industrie im Sechsjahrplan durch die Leistungen unserer Arbeiter und Bauern geschaffen. Wir waren nicht von den kapitalistischen Ausbeutern abhängig und stützten uns nur auf eigene Reserven. Es ist klar, dass wir dabei viele Schwierigkeiten überwinden und viele Ent-sagungen auf uns nehmen mussten.

Wir bauten neue Zweige der Maschinenindustrie, vor dem Kriege in Polen unbekannt. Wir entwickelten wesentlich den Bau von schweren Maschinen und Industrieeinrichtungen. Wir entwickelten die Produktion der schweren Bergbaumaschinen, Maschinen für Eisenhütten und Walzwerke, von Einrichtungen und Apparaten für die chemische Industrie, von schweren Werkzeugmaschinen und Baumaschinen. Wir starteten die Produktion von Autos, Traktoren und Schiffen. Der Anteil der Maschinen in unserem Export wuchs von 3 % (1949) auf über 12 % (1955).

Wir schafften eine moderne Rüstungsindustrie. Jetzt produzieren wir selbständig Düsenflugzeuge, grosse Panzer, moderne Kanonen usw.

Warum haben wir in manchen Wirtschaftszweigen den Plan nicht erfüllen können? Weil unsere Investitionen nicht immer den erwarteten Zuwachs der Produktionskapazitäten mit sich brachten. Wir haben viel gebaut, aber gleichzeitig haben wir teuer gebaut, viel teurer als ursprünglich vorausgesehen war. Auch wurden manche von unseren Investitionen nicht pünktlich durchgeführt. Diese Verspätungen trugen auch dazu bei, dass manche Planziele nicht erreicht wurden. Wir planten beispielsweise die Inbetriebnahme von 11 neuen Kohlengruben. Nur sechs wurden tatsächlich in Betrieb genommen.

Da die Landwirtschaft die geplante Produktionssteigerung nicht erzielt hat, konnte auch die von den landwirtschaftlichen Lieferungen abhängige Industrie den Plan nicht erfüllen. Wir müssen aber hier feststellen, dass die Planziele für die Landwirtschaft und der mit ihr verbundenen Industrie zu hoch gesteckt waren, wodurch unsere Möglichkeiten überschätzt worden sind.

Es gibt noch eine wichtige Disproportion zwischen dem Bergbau und der Industrie. Unsere Industrie bekam in den letzten 6 Jahren zu wenig eigene Rohstoffe und das wirkte sich bremsend auf die Produktion aus. Eine weitere Disproportion besteht in dem technischen Niveau der neuen und der alten Betriebe."

### III. Landwirtschaft

#### 1) Was ist Mangelware?

Die Bauern, die ihre Pflichtablieferung an Getreide geleistet und darüber hinaus dem Staate noch mehr Getreide zum sogen. Freimarktpreis verkauft haben - bekommen jetzt als Lohn eine Prämie, die in den Zugeständnissen besteht, "gesuchte industrielle Erzeugnisse kaufen zu dürfen". Unter diesen begehrten Raritäten finden wir: Nähmaschinen, Zement, Fahrräder, Hartleder, Uhren, Radioempfänger und Motorräder.

#### 2) Es wird doch weiter kollektiviert

"Trybuna Ludu" vom 26. Dezember bringt einen grossen Artikel, der einer jetzt wieder viel in Polen besprochenen Frage gewidmet ist. Wird man nach dem IV. Plenum der PZPR die weitere Kollektivierung des Landes bremsen oder nicht?

In den letzten sechs Jahren wurden neue Wirtschaften in verschiedenem Tempo geschaffen:

1950	2.000
1951	900
1952	1.400
1953	3.500
1954	1.700
1955	550

Man kann aus dieser Tabelle ersehen, dass bis 1953 die Kollektivierungskurve nach oben ging, in den letzten Jahren hingegen sank sie steil ab. Man hat gewisse Erfolge erzielt, wenn man die vergangenen 6 Jahre als Ganzes betrachtet. 1949 betrug die Zahl der Kolchosen 200, jetzt am Ende des Jahres 1955 ist sie bei 9.946 angelangt.

vor sechs Jahren gab es 6.000 Mitglieder in den Kolchosen, jetzt 200.000. Vor sechs Jahren zählte man in den Kolchosen 7.600 Stück Vieh (Großvieh) und 7.800 Schweine, jetzt sind 211.000 Stück Großvieh und 328.000 Schweine vorhanden. Dazu schreibt die Zeitung "Trybuna Ludu":

"Man wird keine neue Kolchosen gründen - so wollte ein Gerücht wissen, das nach dem IV. Plenum herumlief. Auf diesem Plenum hat man eine Steigerung der Staatshilfe für die individuellen Bauern beschlossen. Jetzt liegt die wichtigste Aufgabe darin, die bestehenden Kolchosen zu verstärken, meinte so mancher Genosse. Und gleichzeitig hat man diesen richtigen Gedanken auf eine unrichtige Art und Weise vervollständigt: Man kann nicht gleichzeitig alte Kolchosen verstärken und neue gründen.

Jetzt darf man den Bauern nicht zum Eintritt in die Produktionsgenossenschaft agitieren, es sei denn, er entschliesst sich von selbst dazu', hört man immer wieder. Wie begründet man nur solche Meinungen? Hier ein Beispiel was man sich denkt: Das IV. Plenum des ZK beschloss eine grössere Hilfe für die individuellen Bauernhöfe. Jetzt wird es also einem Einzelbauern besser gehen als früher. Und wenn es ihm besser gehen wird, wird er auch nicht in eine Kolchos eintreten.

Alle Leute, die so denken, scheinen zu vergessen, dass wir den Sozialismus auf dem Lande für den Bauern und nicht gegen ihn bauen. Wir wollen jedem individuellen Bauern dazu helfen, seinen Bauernhof produktiver zu machen, seine Arbeit zu mechanisieren. Wir sind sicher, dass, wenn wir jedem Bauern geduldig, ständig und klug helfen, er eines Tages dieselbe Wahl treffen wird, die schon seine 200.000 kollektivierten Brüder getroffen haben. Er wird sich für den Sozialismus aussprechen. Je besser, je herlicher unsere Hilfe sein wird, umso schneller wird er sich entschliessen. Also man soll die Binsenwahrheit begreifen: Man kann keinen Sozialismus auf dem Lande gegen die Bauern bauen.

Einer der wichtigsten Gründe der jetzigen Stagnation der Kollektivierung ist die Tatsache, dass viele Kolchosen schlecht und falsch arbeiten. Viele Kolchosen leiden Mangel an Arbeitskräften, weil die Familien der Kolchosbauern ihre ganze Zeit den privaten Hausparzellen widmen. Die Zahl der Schweine und des Grossviehes in diesen Hausparzellen ist fast zweimal so gross wie die Zahl der kolchoseigenen Tiere. Die Folge ist, dass in entscheidenden Momenten, wie bei der Ernte, zu wenig Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. "

Es gibt noch mehrere andere, ähnliche Schwierigkeiten. Trotzdem ist das Blatt der Meinung, dass die Kolchose keine konjunkturelle Schöpfung ist,

sondern

"die Zukunft unseres Lebens und des Lebens der nächsten Generationen. Deswegen worden neue Kolchosen gegründet, weil es eine historische, unabwehrbare Notwendigkeit ist. Sie ist die Konsequenz der Tatsache, dass wir eine neue Gesellschaftsordnung in Polen bauen."

### 3) Warum die Landwirtschaft den Sechsjahrplan nicht erfüllte?

Der stellvertr. Ministerpräsident MINC sagte am 23. 12. vor den Parteiaktiv:

"Die Aufgaben des Sechsjahrplanes für die Landwirtschaft sind nicht erfüllt worden. Wir planten eine 50 %-ige Steigerung der landwirtschaftl. Produktion und erreichten nur 19 %. Dabei ist zu bemerken, daß die pflanzliche Produktion nur um 9,5 % stieg, dagegen wuchs die tierische Produktion der Landwirtschaft um 32 %. Wir müssen feststellen, daß die Planziele nicht reell waren. Wir haben die Schwierigkeiten der landwirtschaftlichen Entwicklung in einer Übergangsperiode unterschätzt. Wir haben nicht einkalkuliert, daß unsere industrielle Basis in der ersten Hälfte des Sechsjahrplanes zu schwach war. Vor allem erwies sich die Produktion der chemischen Industrie als nicht ausreichend, um das eingeplante Tempo der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung zu ermöglichen. Bekannterweise hat das IV. Plenum des ZK für die nächsten 5 Jahre eine Steigerung der Landwirtschaftsproduktion um 22 % beschlossen, das heißt, weniger als die Hälfte der ursprünglich für die Zeit des Sechsjahrplanes eingeplanten Steigerung. Wir stecken jetzt kleinere Planziele, obwohl wir schon grössere Erfahrungen haben und vor allem mehr Maschinen und mehr Kunstdüngemittel als in den letzten 6 Jahren. Wir lernen also aus den Erfahrungen. Hätten wir mehr erreichen können, als das in den letzten 6 Jahren der Fall war? Das hätten wir, wenn unsere Politik richtiger gewesen wäre. Man konnte mehr erreichen mit Hilfe materiellen Anreizes, bei mehr Konsequenz, bei mehr Energie in der Bekämpfung von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit. Diese Verstöße seitens mancher lokaler Organe haben viele Bauern davon abgehalten, in eine Produktionsgenossenschaft einzutreten oder die Produktion zu steigern." (Lt. "Trybuna Ludu" vom 31.12.)

### 4) Über eine Million Bauerngehöfte elektrifiziert

"Lt. "Trybuna Ludu" vom 24/25. Dezember wurden im Laufe der letzten 10 Jahre über 1 Million der Bauerngehöfte elektrifiziert. Allein im Jahre 1955 belief sich die Zahl der elektrifizierten Gehöfte auf 53.000. Darüber hinaus wurden in diesem Jahre Hunderte Wirtschaftsobjekte in den Produktionsgenossenschaften (Kolchosen), landwirtschaftlichen Staatsgütern und Staatlichen Maschinen-Zentren elektrifiziert.

#### IV. Kulturelles Leben, Soziale Probleme

##### 1. Arbeitsschutz - Stiefkind des Volksstaates

"Glos Pracy" vom 2. Dezember:

"Die technische Arbeitsinspektion war in den letzten zwei Wochen gezwungen, in mehreren Betrieben eine Reihe der Produktionseinrichtungen zu schließen, weil sie die Gesundheit und das Leben der dort beschäftigten Arbeiter bedrohten."

Einer der Inspektoren habe weiter erklärt, man werde in Zukunft auch ganze Betriebe schließen, wenn die dortigen Zustände in Bezug auf den Arbeitsschutz nicht radikal verbessert würden, und wenn die für diese Vernachlässigungen Verantwortlichen nicht exemplarisch bestraft werden.

"Glos Pracy" vom 7. Dezember:

"Der Zentralrat der Gewerkschaften, das Zentralinstitut für Arbeitssicherheit und Hygiene sowie die Vertreter der verschiedenen Ministerien haben einen neuen Entwurf über den Arbeitsschutz ausgearbeitet. Der neue Entwurf sieht eine gesteigerte Verantwortlichkeit der Ministerien, der Zentralverwaltungen und der Betriebsdirektionen für die Einhaltung der auf diesem Gebiete geltenden Vorschriften vor."

"Glos Pracy" vom 9. Dezember:

"In Lodz hat man eine moderne Spinnerei aufgestellt. Noch während des Baus der Fabrik, noch bevor sie in Betrieb genommen wurde, haben die Organe der Arbeitsschutzinspektion berichtet, daß bei diesem, in einem Volksstaat errichteten Betrieb die Vorschriften des Arbeitsschutzes nicht eingehalten wurden. Am 1. April 1955 hat der Vorstand der Gewerkschaft der Textilarbeiter in dieser Angelegenheit ein Schreiben an den Minister der Leichtindustrie gerichtet. In diesem Schreiben weist die Gewerkschaft daraufhin, daß man bei vielen neu errichteten Fabriken keine Schutzplatten vor die Maschinen gestellt hat, so daß die Gesundheit und das Leben der Arbeiter gefährdet sind."

"Glos Pracy" stellt dann fest, daß dieses Schreiben bis zum 9. Dezember nicht beantwortet wurde. Die betreffenden Fabriken wurden trotz der Proteste in Betrieb genommen. Die Regierungskommission, die bei der Inbetriebnahme der Fabrik anwesend war, stellte durch ihren Vorsitzenden, dem Vizeminister der Leichtindustrie, Dipl. Ing. SZABAN, fest, daß man in Bezug auf den Schutz der Arbeiter "überempfindlich geworden ist und die nicht gesicherten Maschinen ruhig so arbeiten können."

Die Zeitung zitiert dazu das entsprechende Gesetz, das gerade solche Zustände verbietet, die dem Herrn Minister als zulässig erschienen. Der Fabrikdirektor war schon entschlossen, die Spinnerei nicht in Betrieb zu nehmen, bevor die Vorschriften des Arbeitsschutzes nicht eingehalten werden, aber nach der Feststellung des Ministers wagte er das nicht zu tun. Jetzt wurde die Direktion durch die Arbeitsschutzinspektion mit einer Geldstrafe belegt. "Glos Pracy" stellt fest, daß derrichtige Schuldige und Gesetzesbrecher noch im Ministerium sitzt.

"In den Zentralverwaltungen herrscht immer noch die falsche Einstellung, daß derjenige ein guter Fabrikdirektor sei, der den Plan erfüllt und die eigenen Kosten vermindert. Sehr selten interessiert man sich dafür, ob dieser Direktor sich auch um die Arbeitsbedingungen kümmert und die Vorschriften des Arbeitsschutzes einhält."

## 2. Licht und Schatten des Lebensstandards in Polen

Der 1. Stellvertretende Ministerpräsident, Hilary MINC, erklärte vor dem Parteiaktiv am 23. Dezember u. a.:

"Die Aufgaben, die wir uns im Sechsjahresplan für die Hebung des Lebensstandards stellten, wurden nur teilweise erfüllt. Wir wollten eine 40 %ige Steigerung der Reallöhne erreichen, brachten es aber nur auf 26 - 27 %.

Die erste Ursache dafür ist, daß die Landwirtschaft den Plan nicht erfüllt hat. So konnten wir nicht die geplante Warenmenge auf den Markt bringen. Die zweite Ursache war, daß wir im Jahre 1950, als wir den Sechsjahresplan vorbereiteten, nicht ahnen konnten, wie sehr sich in den Jahren 1951 - 1953 die internationale Situation verschlechterte. Infolgedessen mußten wir in diesen Jahren aber riesige Anstrengungen vornehmen, um bei einem Kostenaufwand von mehreren Milliarden Zlotys eine Modernisierung der Armeeausrüstung durchzuführen und eine eigene Rüstungsindustrie aus dem Boden zu stampfen. Ich glaube, jetzt ist die Zeit gekommen, um darüber zu sprechen. Was die Stärkung der Landesverteidigung betrifft, so haben wir eine kolossale Anstrengung vorgenommen, dieman nicht alleine mit den Milliarden von ausgegebenen Zlotys messen kann. Wir dürfen nicht vergessen, daß gerade die Rüstungsindustrie die besten Materialien und die besten Fachleute erfordert. Im März 1951 beschlossen wir, Panzer zu bauen. Im Mai 1952 verließen die ersten Panzer die Fabriken. Wir beschlossen weiter, Radareinrichtungen zu bauen. Stellen Sie sich

das vor: In einem solchen Lande wie Polen - Radareinrichtungen.

Neulich konnte ich schon sehen, wie sie funktionieren.

In der Rüstungsindustrie bilden die Ingenieure und Techniker einen grossen Prozentsatz der Belegschaften. Wir mußten sie aus anderen Industriezweigen herausnehmen. Diese Anstrengung war aber nötig.

Ich sprach davon, daß wir eine Steigerung des Lebensstandards um 26 - 27 % erreicht haben. Diese Zahl wird oft bezweifelt. Natürlich gibt es bei uns Leute, deren Lebensniveau nicht so hoch gestiegen ist. Aber diese Zahl ist eine Durchschnittszahl. Der Lebensstandard der Bergleute, der Arbeiter der Montanindustrie, der Bauarbeiter und der Arbeiter der Werkzeugindustrie ist über diesen Durchschnitt gestiegen, wogegen die Löhne anderer Beschäftigtengruppen entweder auf demselben Niveau geblieben oder nur wenig gestiegen sind.

Das betrifft die in der Leichtindustrie und in der Staatsverwaltung Beschäftigten, sowie alle übrigen Beschäftigten in der Industrie. Ist solche Einteilung gerecht? Es war notwendig! Weil wir weniger Überschüsse als erwartet zur Verfügung hatten, mußten wir sie auch anders verteilen und sie den wichtigsten Wirtschaftsschnitten zuleiten. Gewiß, es wäre einfacher, wenn wir jedem Arbeiter und Angestellten sagen könnten, wir haben euch etwas zu bieten, jeder kriegt 25 % mehr als früher. So könnten wir es aber nicht machen. Wir sind der Meinung, daß z. B. unsere Bergleute im Verhältnis zu ihrer schweren Arbeit sowieso zu wenig verdienen. Eine besondere Berücksichtigung der Bergleute bei der Lohnerrhöhung war durch ein einfaches ökonomisches Gesetz diktiert. An den Toren der Kohlengruben hängen Tafeln: 'Wir stellen neue Arbeitskräfte ein.' Das heißt, unter Tage fehlt es an Menschen. Wenn wir also anders gehandelt hätten, würden sich die Kohlengruben entleeren, weil man woanders für eine viel leichtere Arbeit dasselbe bekommen könnte. Wenn der Export der Kohle sich vermindern würde, würden wir bald keine Rohstoffe mehr für manche Industriezweige erhalten. Das würde bedeuten, daß wir dort die Beschäftigung einschränken müßten. Dann würden die Arbeiter nicht vor dem Problem der niedrigen Löhne stehen, sondern vor dem Problem der Arbeitslosigkeit. Der Bauer, der keine industriellen Verbrauchsgüter bekommen würde, würde auch kein Getreide liefern. Dann aber könnte wiederum der Beamte für sein erhöhtes Gehalt nichts kaufen. Eine Kettenreaktion...

Die Realeinkommen der Bauern erhöhten sich nach den provisorischen Berechnungen noch mehr als die Einkünfte der Arbeiterklasse. Dabei aber ist zu berücksichtigen, daß die Einkünfte der Kulaken (Groß-

bauern) nicht in dem gleichen Maße stiegen wie die der Mittel- und Kleinbauern. Ist das nun richtig, daß die Einkünfte der Bauern mehr stiegen, als die der Arbeiter?

Man könnte das Nationaleinkommen gewiß vernünftiger verteilen, wenn es sich so gestalten ließe wie die Figuren aus Plastelin. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die Bauernschaft - das ist die Hälfte des Volkes - unser Bundesgenosse ist. Bei uns regiert das Proletariat, und das Proletariat, das sind Arbeiter und Bauern."

## B. Beziehungen zum Ausland

### I. Warschau will diplomatische Beziehungen zu Bonn

Der Besuch des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. WEITZ, brachte die Bestätigung, daß die polnische Regierung nach dem sowjetischen Beispiel die Frage der in Polen befindlichen Kriegsverurteilten als Druckmittel für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anwenden will. Nach seiner Rückkehr von den mehrere Tage dauernden Besprechungen teilte Dr. WEITZ mit, daß eine Entlassung der gegenwärtig noch in Polen zurückgehaltenen 715 deutschen Kriegsverurteilten erst in Betracht gezogen werde, wenn nach dem Beispiel der deutsch-sowjetischen Abmachungen diplomatische Beziehungen zwischen Bonn und Warschau hergestellt worden seien. Das einzige Ergebnis der Gespräche über diese Frage blieb die polnische Bereitschaft, Sammelsendungen für die deutschen Kriegsverurteilten zollfrei entgegenzunehmen.

Im Gegensatz zu dieser Haltung erklärte sich die polnische Regierung bereit, eine Familienzusammenführung für 800 bis 1.000 Deutsche monatlich zu ermöglichen. Für das kommende Jahr sollen insgesamt 12.000 Deutsche in die Bundesrepublik ausreisen dürfen. Dabei ist bezeichnend, daß die polnische Regierung - wie vorher die Sowjets anlässlich des Adenauerbesuches - schriftliche Abmachungen ablehnten. Die polnische Weigerung wurde besonders in dem Punkt deutlich, als Dr. WEITZ eine schriftliche Fixierung erbat, wonach die Zahl von 12.000 Deutschen im Jahr 1955 keine Begrenzung darstelle. Offensichtlich will sich die polnische Regierung in dieser Frage nicht binden.



Die Zahl von 12.000 Umsiedlern erscheint nach den Erfahrungen der Rote-Kreuz-Delegation völlig ungenügend. Aus allen Gegenden der deutschen Gebiete ostwärts Oder und Neiße kamen Deutsche nach Warschau gereist, die bei der deutschen Delegation um Hilfe für die Umsiedlung nach der Bundesrepublik ersuchten. Nach ihren Berichten ist die Unzufriedenheit der Deutschen in Polen sehr stark und die Zahl der Umsiedlungswilligen wesentlich höher.

Die Reaktion der westdeutschen Presse auf den polnischen Druckversuch zur Erzwingung der diplomatischen Anerkennung hatte eine halboffizielle Erklärung der polnischen Nachrichtenagentur PAP zur Folge, in der der Bundesrepublik der Vorwurf gemacht wird, "sie solidarisiere sich mit den Kriegsverbrechern". Die "Trybuna Ludu" gibt am 14. Dezember 1955 diese Erklärung wieder:

"Die polnische Nachrichtenagentur PAP verbreitete am Dienstag, dem 13. Dezember eine Erklärung, in der darauf hingewiesen wird, daß kürzlich zwischen Vertretern des polnischen Roten Kreuzes und des Roten Kreuzes der Bundesrepublik Deutschland Verhandlungen über die Zusammenführung der Familienangehörigen stattfanden, die durch den Krieg getrennt wurden. Im Verlaufe dieser Verhandlungen hätten die Vertreter des Roten Kreuzes der Deutschen Bundesrepublik die Frage einer Entlassung der faschistischen Kriegsverbrecher aufgeworfen, die für Verbrechen, die sie am polnischen Volk begangen haben, abgeurteilt wurden. Das polnische Rote Kreuz habe den Standpunkt vertreten, daß die Frage einer Entlassung dieser Kriegsverbrecher in diesem Rahmen nicht als eine humanitäre Handlung betrachtet werden kann. Den Vertretern des Roten Kreuzes der Bundesrepublik wurde erklärt, daß ein derartiger Akt in das Gebiet der internationalen Beziehungen fällt.

Diese Antwort, heißt es in der Erklärung der PAP, veranlaßte die offiziellen Kreise der Deutschen Bundesrepublik zur Auslösung einer plumpen Verleumdungskampagne, wobei sie sogar vor einer Verdrehung von Tatsachen nicht zurückschreckten. Dies fand seinen Ausdruck in einer Erklärung des Sprechers des Bonner Außenministeriums, der den polnischen Standpunkt als Erpressung bezeichnete. Daraus geht hervor, stellt PAP fest, daß es den offiziellen Kreisen der Deutschen Bundesrepublik nicht so sehr um die Zusammenführung der

getrennten Familien geht, die von polnischer Seite aus humanitären Gründen vollzogen wird, als vielmehr darum, gegen Polen zu hetzen. Diese

Kreise beweisen, daß sie jeden Schritt, der zur Entspannung in den internationalen Beziehungen führt, feindlich gegenüber stehen. Die feindselige Haltung gegenüber Polen kann der Regelung der Frage nur schaden, die mit dem Krieg und den Kriegsverbrechern, mit denen sich die Regierung der Deutschen Bundesrepublik so eilfertig solidarisiert, in Zusammenhang stehen."

## 2. Der Präsident des polnischen Parlaments zur deutschen Frage

Jan DEMBOWSKI, Präsident des polnischen Parlaments, hielt während seines Moskauer Besuches eine Rede vor dem Obersten Sowjet. Zur deutschen Frage hat er folgendes gesagt (lt. "Trybuna Ludu" vom 27. Dezember):

"Polen, das sich der Wiedererrichtung des aggressiven deutschen Militarismus widersetzt, unterstützt gleichzeitig vollauf die Bestrebungen der deutschen Patrioten zur Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage. Der Standpunkt Polens zur Deutschlandfrage ist sowohl Ausdruck eines unnachsichtigen Kampfes gegen die Wiedererrichtung des deutschen aggressiven Potentials wie auch des Glaubens an die Möglichkeit einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den friedliebenden Kräften des deutschen Volkes. Polen als Land, das das erste Opfer der Hitleraggression war, und das die westliche Politik der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus mit sechs Millionen Opfern bezahlte, lehnt die Pläne zur Remilitarisierung ganz Deutschlands und zu seiner Einbeziehung in aggressive militärische Gruppierungen, die gegen Polen und die anderen Länder des Friedenslagers gerichtet sind, kategorisch ab. Allein die Abkehr von der Remilitarisierung Westdeutschlands, die Aufgabe der Politik militärischer Blocks und die Schaffung eines gesamt europäischen Systems der kollektiven Sicherheit werden die Voraussetzungen zur Vereinigung Deutschlands als eines friedliebenden und demokratischen Staates schaffen. Als Nachbarstaat Deutschlands unterstützt Polen den Vorschlag der DDR zur Bildung eines gesamtdeutschen Rates, der auf der Außenministerkonferenz in Genf von der UdSSR akzeptiert wurde."

### 3. Sollen Polen zur neuen Wehrmacht eingezogen werden?

Unter dem Titel "Ein verabscheuungswürdiger Plan" beruft sich "Glos Pracy" vom 13. Dezember auf eine polnische Exilwochenschrift in Kanada "Czas". Diese Zeitschrift, die von der Warschauer Zeitung als rechtsstehend bezeichnet wird, bringt eine Nachricht "aus Bonn" unter dem Titel: "Polen sollen zur neuen Wehrmacht berufen werden-Unruhe unter den Polen in Deutschland" u. a. folgendes:

"Die Regierung der Bundesrepublik bereitet einen Plan vor, laut dessen alle in Westdeutschland lebenden Ausländer, die sogenannten Staatenlosen, also auch die polnischen Flüchtlinge, zum Dienst bei der Wehrmacht gezwungen werden können, wenn sie sich im Einberufungsalter befinden."

Diese Nachricht kommentiert "Glos Pracy" folgendermaßen:

"Brauchen wir noch zu wiederholen, welchen Zwecken die neue Wehrmacht dient? Brauchen wir noch daran erinnern, daß sie Bedrohung unserer Grenzen bedeutet, unsere Sicherheit und Unabhängigkeit gefährdet? Daß sich in dieser Wehrmacht Leute in leitenden Stellen befinden, die sechs Jahre lang unser Land beraubten, verwüsteten und in Blut getränkt haben? Jetzt haben wir eine andere Situation. Die Revancheträume der Hitleristen werden nur Träume bleiben. Allein aber die Möglichkeit, Polen in die deutsche Uniform zu stecken, sie unter das Kommando der Mörder aus Warschau und Auschwitz zu stellen, muß jeden anständigen Menschen erschüttern. Die Polen in der Bundesrepublik sind aber keine Staatenlose. Laut der westlichen Gesetze haben sie zwar keine Staatsangehörigkeit, sie haben aber ein Volk, zu dem sie gehören, sie haben ihren Staat. Dieser ist die Volksrepublik Polen. Die Annahme der polnischen Staatsangehörigkeit kann die Polen in Deutschland vor dem schädlichen und tragischen Dienst bei den Feinden unseres Volkes schützen. Vor ihnen steht auch die Möglichkeit, nach Polen zurückzukehren."

#### 4. Polen führt Auslandsaufträge aus

Eine der Folgen der Industrialisierung Polens ist, daß jetzt zum ersten Male von polnischer Seite ganze Industrieobjekte ins Ausland geliefert werden und auch andere Großaufträge ausgeführt werden. Ende November wurden die zwei ersten Zuckerfabriken in China in Betrieb genommen, die vollständig von Polen geliefert wurden.

"Zycie Warszawy" vom 30. Dezember meldet, daß polnische Ingenieure jetzt eine Gießerei in Alexandrien (Ägypten) aufstellen würden, die in der ersten Hälfte 1957 in Betrieb genommen wird. Der größte Auftrag aber kam aus Arabien. Polen wird die Eisenbahnlinie Damaskus - Medina (1.203 km) wiederaufbauen. Diese Linie wurde ursprünglich schon vor dem ersten Weltkrieg fertiggestellt, dann aber im Laufe des 1. Weltkrieges zerstört und seitdem nicht wieder aufgebaut. Diesen Auftrag hat Polen gegen solche Konkurrenten wie Frankreich und Japan gewonnen (Trybuna Ludu vom 31. 12.)

Auch der polnische Außenhandel gewinnt neue Märkte, die er früher überhaupt nicht kannte, wie beispielsweise Südostasien. Im Laufe des Dezembers wurden die Handelsverträge mit Ceylon und China unterzeichnet. Früher schon hat man mit Indien, Burma und Indonesien Abkommen geschlossen. Auch in Südamerika beobachtet man eine gesteigerte Aktivität der polnischen Aussenhandelsvertreter.